Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn à Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 295. **Sonnabend** den 22. October 1881. **75. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 23. October,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Für die nächste Vorstellung zum Besten des **Theater-Pensions-Fonds**, welche

Mittwoch, den 26. dieses Monats

stattfinden wird, ist von uns die Oper „Euryanthe", Musik von C. M. v. Weber, gewählt worden.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Wahl der gedachten Oper auch dieses Mal das geehrte Publicum zu einem recht zahlreichen Besuch der Vorstellung veranlassen wird.

Leipzig, den 20. October 1881.

Der Verwaltungs-Ausschuß für den Theater-Pensions-Fonds.

Versteigerung auf den Abbruch.

Die **Baulichkeiten** des in dem der Stadtgemeinde gehörigen Hausgrundstück **Münzgasse Nr. 12** befindlichen **Schuppens** sollen

Freitag, den 4. November dss. Js.
Vormittags 11 Uhr

auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 16, auf den **Abbruch versteigert** werden.

Die Versteigerungsbedingungen, in welchen die zu versteigernden Baulichkeiten näher beschrieben sind, liegen in **unserem Bauamte** (Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 1) schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 17. October 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stötz.

Bekanntmachung.

Von den für Michaelis dieses Jahres früher schon ausgeschriebenen Ausstattungsstipendien für hiesige unbescholtene arme Bürgerstöchter, welche sich seit Michaelis vor. Jahres verheirathet haben, ist noch eines im Betrage von 40 Mark 47 Pfg. zu vergeben und sind schriftliche Gesuche darum unter Beifügung der Eheschließungs-Bescheinigung, eines von zwei hiesigen Bürgern bei deren Bürgerpflicht ausgestellten Zeugnisses über die Unbescholtenheit und Bedürftigkeit der Bewerberin, sowie, da das Stipendium nur an ehelich Geborene zu vergeben ist, einer Geburtsbescheinigung bis zum 5. November dieses Jahres auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 15, einzureichen.

Leipzig, den 20. October 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Submission.

Die Glaser-, Tischler- und Schlosserarbeiten zu dem Neubau des Petrinum und Juridicum sollen in Submission, jedoch vorbehältlich der Rathswahl unter den Bewerbern vergeben werden.

Anschlagsformulare liegen im Rentamte bereit und werden die betreffenden Herren Gewerken, welche sich hierbei betheiligen wollen, hiermit ersucht, die ausgefüllten Anschläge, unterschrieben und versiegelt unter entsprechender Aufschrift bis zum

29. October d. J., Abends 6 Uhr

unher einzureichen.

Leipzig, am 21. October 1881.

Universitäts-Rentamt.
Graf.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 22. October.

„Abwarten!" denkt Gambetta. Man vermag in der That jetzt einzusehen, daß dieser ehrgeizige Mann vollkommen der Lage der Verhältnisse entsprechend handelte, wenn er den Eintritt in die Regierung immer noch hinausschob. Mag auch eine Scheu vor der Verantwortlichkeit für die Situation in der bisherigen Haltung Gambetta's vorgewaltet haben und mag es ihm auch bequemer erschienen sein, im Schatten der Kammerpräsidentschaft Ministerien zu stürzen und einzusetzen, es stellt sich nunmehr heraus, daß seinem Eintritt in die Regierung mehr Schwierigkeiten entgegenstanden und theilweise noch entgegenstehen, als der oberflächliche Beobachter zu ahnen im Stande war.

Zunächst ist nicht zu verkennen, daß der Eintritt Gambetta's in die Regierung den Präsidenten zu einer bloßen automatischen Figur, zu einem Unterschriftenverleiher macht. Denn es ist bisher Sitte gewesen, daß der Präsident der Republik im Rathe seiner Minister den Vorsitz führte. Man kann nicht behaupten, daß dies gerade der Verfassung der Republik oder ihrem Geiste entspräche, denn der Präsident ist als solcher unverantwortlich, hat also auch kein Recht, die Berathungen der verantwortlichen Minister zu beeinflussen. Aber es ist einmal so der Brauch gewesen, daß der Präsident der Republik auch den Minister-Conseils präsidirte. Mit dem Eintritte Gambetta's aber würde Dies sich ändern. Der Kammerpräsident ist nicht der Mann, der Andere, die ihm etwa seine Macht streitig machen könnten, neben sich dulden möchte. Deshalb hat er auch gleich die Bedingung gestellt, daß er, Gambetta, falls er die Regierung übernehmen werde, im Ministerrath selbst den Vorsitz führen werde.

Und noch weiter ist er gegangen, er hat erklärt, daß er Ministerpräsident ohne Portefeuille sein wolle, so daß das Ministerium ganz auf den Namen Gambetta zugestutzt wäre. Und wenn sonach Gambetta auch für Alles verantwortlich wäre, so wäre es doch recht schwierig, ihn bei dieser Verantwortlichkeit zu fassen, denn man kann einen Minister doch nur für sein Ressort, für sein Fach verantwortlich machen, und wenn Gambetta kein Ressort hat, wo bleibt da die Verantwortlichkeit? Die Stellung, wie er sie plant, wäre eine so mächtige, daß der Präsident der Republik völlig in den Schatten gestellt würde durch den Ministerpräsidenten; der Name Gambetta würde in Frankreich derart dominiren, daß der Name Grevy ganz verschwinden müßte.

Das ist die Lage, und man wird Herrn Grevy nicht zumuthen wollen, sie zu verkennen oder sich über dieselbe hinwegzusetzen. Zunächst steht der Eintritt in die Regierung denn doch nicht ganz bei Gambetta allein; der Präsident der Republik hat ihn zu diesem Act zu berufen. Wenn Grevy aber Gambetta nicht auffordert, ein Ministerium zu bilden, dann kann Gambetta gar Nichts dagegen machen. Der Präsident der Republik scheut sich vor diesem Schritte, der in der That einer Dreiviertels-Abdankung gleich käme, und man kann ihm Dies auch gar nicht verdenken. Aber die Einwilligung des Präsidenten macht Gambetta auch noch nicht regierungsfähig. Er muß auch die Majorität der Kammer für sich haben. Und diese hat er im Augenblick noch nicht, denn man kann noch nicht genau abmessen, wie die Parteiverhältnisse in der Kammer sich gestalten werden.

Ob es Gambetta überhaupt gelingen wird, sich eine feste Mehrheit zu verschaffen, steht dahin. Die Republikaner machen allerdings die große Mehrheit der Kammer aus, aber sowohl die gemäßigten wie die radicalen Republikaner scheuen sich, in die Hände Gambetta's eine so überwältigende Macht zu legen, wie er sie als Ministerpräsident beanspruchet. Unter solchen Umständen ist es erklärlich, daß Gambetta und Grevy sich noch nicht haben verständigen können, und man darf gespannt sein, wie Gambetta die ihm entgegenstehenden Schwierigkeiten bewältigen wird." An Findigkeit fehlt's ihm nicht und auch an politischer Klugheit hat der Exdictator von Bordeaux in letzter Zeit zugenommen.

Der Kampf der widerstrebenden **Irländer** ist nun so weit gekommen, in offenen und bewaffneten Aufstand überzugehen. Man verweigert die Pachtzahlungen. Die englische Regierung hat die Führer der Landliga verhaften lassen und verschiedene Verstärkungen zur Verfügung der irischen Executive gestellt. Auch der Beitritt zur Landliga, sowie die Aufforderung dazu ist verboten worden. Diese Maßregeln, denen sogar durch englische Kriegsschiffe Nachdruck gegeben werden soll, sind zwar terroristisch, aber auch nothwendig.

Uebrigens spielt sich der Kampf immer mehr auf das wirthschaftliche Gebiet hinüber. Die Pächter verweigern die Zahlung der Pachtgelder, um die englischen Lords zu schädigen, und man hat beschlossen, die Gladstone'sche Landbill als nicht zu Recht bestehend anzuerkennen. Dies Letztere ist seltsam, zeugt aber nichts desto weniger von dem unauslöschlichen Hasse der Irländer gegen England. Denn es besteht kein Zweifel, daß die Landbill den Pächtern verschiedene Vortheile gegen früher bietet und die Herren Parnell, Dillon und O'Connor sind doch gerade Führer des Pächterthums gewesen. Hätten diese Herren vorzugsweise das irische Tagelöhnerthum zu vertreten gesucht, so wäre ihre ablehnende Haltung verständlicher, da ja der Tagelöhner von der Landbill Nichts zu profitiren vermag. Dem Pächter aber gewährt die Bill Schutz vor willkürlicher Exmission, unparteiische Entscheidung in Streitigkeiten u. s. w. und so bringen die Pächter in der That ihrem Hasse ein großes Opfer, indem sie sich gegen die Bill ablehnend verhalten. Kein Mensch vermöchte die agrarischen Grausamkeiten und andere Heldenthaten der Irländer zu billigen, aber man muß sich auch gestehen, daß Kriegsschiffe und Kanonen nicht die Mittel sind, um ein Volk auszusöhnen mit den gegenwärtigen Verhältnissen, dessen Rechtsgefühl Jahrhunderte hindurch gekränkt worden ist.

Das stolze England wäre doch in der That mächtig genug, um es mit einer versöhnlicheren Politik versuchen zu können, aber — da stehen die Interessen einiger Lords im Wege, die Besitzungen in Irland haben und denen man Kriegsschiffe zu Hülfe senden muß, wenn sie ihren Pachtschilling nicht sofort einbekommen. Eigentliche Vermittelungsversuche sind nicht gemacht worden und die geringe Wirkung der Landbill kommt daher, daß letztere für die Massen unverständlich ist und bleibt, wie sie sogar anfangs für viele Parlamentsmitglieder unverständlich war.

Das größte Unglück für Irland wäre der Versuch einer gewaltsamen Lostrennung, und es scheint fast, als ob Irland in ein solches Unglück hineingedrängt werden sollte. Das Volk der grünen Insel ist in Wahrheit „die Niobe der Nationen"; England aber hat die Schmach zu tilgen, diese Zustände durch seinen Eigennutz herbeigeführt zu haben.

Rudolf von Bennigsen ist gegenwärtig der bestgehaßte Mann bei den Berliner Officiösen, bei den Conservativen, Ultramontanen, Fortschrittlern, bei der Handwerkerpartei und den Socialdemokraten.

Man hat diesem Manne häufig vorgeworfen, er habe in schwächlicher Nachgiebigkeit hier und da Compromisse gemacht. Dieser Vorwurf ist aber ebenso unbegründet als ungerecht. Ein Mann von solcher Charakterfestigkeit, wie wir sie bei Bennigsen finden, kann und wird sich niemals zu schwächlicher Nachgiebigkeit herablassen. Alle Compromisse (Ausgleiche), die der Führer der nationalliberalen Partei jemals gemacht hat, erfolgten nicht auf eigenen Beschluß, sondern gemeinsam mit den Parteigenossen und mit deren Zustimmung.

Man weise uns aber — so äußert sich eine nationalliberale Stimme aus Hannover (Pastor Pfaff in Osterbruch) — auch nur einen Ausgleich nach, der jemals zum Nachtheile des deutschen Reichs, zum Nachtheile Preußens oder zum Nachtheile der liberalen Partei von Bennigsen gemacht wäre. Es wird Niemandem gelingen, einen solchen Nachweis zu führen.

Bennigsen's Politik ist eine praktische, und eine andere ist für eine politische Partei, welche wirken will, nicht denkbar. Wohl muß jede Partei bestimmte Grundsätze haben, die ihr als Grundlage für ihre gesammten Anschauungen und Bestrebungen dienen; wenn diese Partei aber nicht die herrschende ist, und das war die nationalliberale Partei nicht, so kann sie nicht sagen: Dieses und nichts Anderes muß erreicht werden, können wir nicht Alles, was wir wollen, erreichen, so stimmen wir gegen das Ganze. Was würde aus Deutschland, aus der deutschen Reichsverfassung, aus den großen Organisationsgesetzen geworden sein, wenn die nationalliberale Partei einen derartigen Standpunct eingenommen hätte? Eine Partei, die einen verneinenden Standpunct einnimmt, wie z. B. die Ultramontanen, und die Fortschrittspartei, bei denen es heißt: entweder Alles oder Nichts! eine solche Partei kann Compromisse vermeiden, aber nicht eine Partei, die praktische Politik treibt.

Die nationalliberale Partei strebt eine fortschreitende Entwicklung in Ordnung und Freiheit an, und diese sucht sie Schritt für Schritt zu erreichen, wenn es im Sprunge nicht gehen kann. Sie begnügt sich mit dem Sperlinge in der Hand, wenn sie die Taube auf dem Dache nicht bekommen kann, dabei hört sie aber nicht auf, der Taube nachzujagen. Das Wohl des Ganzen ist ihr allgemeines Ziel und sie weiß, daß dieses Wohl nur auf der Grundlage eines gemäßigten Liberalismus gedeihen kann. In diesem Sinne wird, wie bisher, so auch fortan die nationalliberale Partei und ihr bewährter Führer von Fall zu Fall in voller Freiheit die Maßregeln der Regierung prüfen, sie wird muthwillige Conflicte vermeiden, wo eine die Volksrechte wahrende Verständigung möglich ist, sie wird aber auch ebenso entschieden allen nach ihrer Ueberzeugung unberechtigten Anforderungen entgegentreten.

Unsere schlimmsten Feinde aber sind Trägheit und Gleichgiltigkeit; bekämpfen wir diese, so wird uns am Tage der Wahl der Sieg nicht fehlen. Darum rüstig ans Werk, es gilt zu handeln; gut aufgepaßt und Nichts versäumt! Jeder Parteifreund thue bei der Wahl seine Schuldigkeit!

Man wird wohl daran thun, die Ankündigung, daß die bevorstehende **Bundesrathssession** nur der Feststellung des **Reichshaushaltsetats** gewidmet sein soll, mit einigem Zweifel aufzunehmen. Selbst wenn die bezügliche Absicht für jetzt noch besteht, so erweitert sich doch naturgemäß der Kreis der gesetzgeberischen Aufgaben, und Arbeitsprogramme nach Art des in Aussicht gestellten sind erfahrungsmäßig nur dazu da, um alsbald durchbrochen zu werden. Mit dem Tabaksmonopol und der Unfallversicherungsvorlage wird sich der Bundesrath vor Beginn des nächsten Jahres freilich in keinem Falle zu beschäftigen haben, indessen verlautet von einer Reihe von Entwürfen, welche er schon demnächst zu erwarten haben wird. Gutem Vernehmen nach gehört zu denselben auch das leidige Trunksuchtsgesetz, von welchem selbst Diejenigen, die ihm sympathisch gegenüberstehen, zugeben müssen, daß es die drängende Eile nicht verdient, mit welcher es ins Leben gerufen werden soll. Nicht ausgeschlossen erscheint ferner nach beachtenswerthen Andeutungen, daß die immer von Neuem besprochenen Pläne einer Unterstützung der deutschen Handelsmarine durch directe Dampfschiffsubventionen binnen Kurzem in bestimmten Abmachungen führen, welchen zunächst der Bundesrath und späterhin der Reichstag seine Zustimmung zu ertheilen haben wird.

Die Candidaten der conservativen Partei im nordöstlichen Theile Westfalens, in den Wahlkreisen Minden-Lübbecke und Herford-Halle, kommen etwas in das Gedränge durch das drohende Tabaksmonopol. In den genannten Kreisen lebt ein sehr großer Theil der Einwohner von der Tabakindustrie; außer in größeren Fabriken wird auch in der Hausindustrie der Tabak verarbeitet, und es ist erklärlich, daß die Bewohner dieser Kreise, mögen sie auch sonst noch so regierungsfreundlich gesinnt sein und ihren Pfarrern noch so sehr folgen, doch kein Verlangen nach den Segnungen des Monopols tragen. Herr Stöcker, der Candidat im Kreise Minden-Lübbecke, hat nun am 29. vor. Monats schriftlich erklärt: „Unmöglich kann ich mein Urtheil bestimmt abgeben, ehe ich die Maßregeln kenne, welche die Regierung im Auge hat." Er hat also eine bestimmte Erklärung, wie er es überhaupt liebt, nicht abgegeben. Mit noch viel allgemeineren Redensarten hat sich aber Herr v. Kleist-Retzow, der Candidat für Halle-Herford, aus der unangenehmen Lage zu ziehen gesucht. Er meint, der Reichskanzler werde es nie dahin kommen lassen, daß das arbeitende Volk um die Früchte seines Fleißes gebracht werde, und fügt dann die in diesem Zusammenhange tadelnswerthen Worte hinzu: „Und vor Allem, Gott der Herr, der Himmel und Erde in Händen hat, wird einem Volke, das ihm so treu dient, wie ich es von dem hiesigen meine überzeugt sein zu dürfen, den Tisch mit Gütern so reichlich decken als es bedarf." Es ist, wie gesagt, sehr tadelnswerth, daß der Name Gottes in die Leidenschaften des Wahlkampfes hineingezogen wird.

Im Regierungsbezirk **Kassel** haben die Ultramontanen in zwei Wahlkreisen (Hanau und Marburg) beschlossen, gleich beim ersten Wahlgang die conservativen Candidaten zu unterstützen. Darüber ist die „Germania" außerordentlich mißvergnügt. Sie ruft aus: „Das sind zwei Wahlkreise, in denen man die allgemeinen Interessen der Partei in ganz Deutschland nicht zu begreifen scheint. Haben die Conservativen uns auch nur einen einzigen Wahlkreis als Ersatz angeboten? Hat die Centrumspartei denn die Aufgabe, für die Conservativen die Kastanien aus dem Feuer zu holen, ohne einen äquivalenten Werth zu erhalten?" Als Beweis der neuerdings wieder sehr erkalteten Stimmung zwischen den beiden Parteien der Rechten ist dieser Ausbruch des Aergers von Interesse.

Ueber das „deutsche Volksfest", welches die Berliner Conservativen am 18. October veranstaltet haben, wird der „N. Z." aus Berlin geschrieben: „Die Zahl der bewirtheten Gäste wird auf hunderttausend angegeben, und man muß es den Conservativen lassen, daß sie es sich haben Etwas kosten lassen. Man erzählt, daß ein einziger reicher Conservativer zu dieser Volksbewirthung 150,000 Mark hergegeben habe. Von dieser Weise, das Volk zu gewinnen, die schon im alten kaiserlichen Rom bekannt war, haben wir nie viel gehalten. Als Louis Napoleon als Präsident der Republik auf der Ebene von Satory die Soldaten durch Champagner und Würstchen zu gewinnen suchte, wurde dieses Verfahren in ganz Europa gemißbilligt. Daß man Stimmen für die bevorstehenden Wahlen auf so plumpe Weise zu gewinnen sucht, will uns ebenfalls gefallen. Wir möchten übrigens bezweifeln, daß auf die große Masse der Berliner Wähler in dieser Weise mit viel Erfolg gewirkt werden kann." Kenner Berliner Verhältnisse taxiren die Generalunkosten des Festes auf über 200,000 Mark.

In **Wiesbaden** ist seitens der conservativen Partei der bekannte Contreadmiral a. D. **Werner** dem fortschrittlichen Candidaten Schulze-Delitzsch als Reichstagscandidat gegenübergestellt worden. Dort war nun verbreitet, daß der Reichskanzler die Wahl Werner's nicht gern sehe und deshalb wurde von conservativer Seite an ihn eine Anfrage gerichtet. Darauf hat Fürst Bismarck geantwortet: „er würde sich freuen, den Herrn Admiral im Reichstage begrüßen zu können, da er dessen Mitwirkung für die Entwickelung der deutschen Flotte als eine sehr wichtige erachtet." Herr Werner ist als Gegner des Marineministers Herrn v. Stosch bekannt und hat den Abschied erhalten.

Ein öfters wohlinformirter **Berliner** Correspondent der „Bohemia" erhärtet, daß der Besuch **Gambetta's** in **Barzin** in der That stattgefunden habe und in unterrichteten Kreisen als gewiß bezeichnet werde. Von maßgebender Seite werde aber das Incognito Gambetta's jetzt noch anerkannt und so lange geachtet werden, bis Gambetta selbst das Aufgeben des Incognito für angezeigt halte. Der mysteriöse Besuch sei ein Trumpf im Bismarck'schen auswärtiger Politik, der dadurch nicht an Bedeutung einbüße, daß er geheim erfolgt sei. Ueber kurz oder lang werde Gambetta offen über die Thatsache sprechen, die er nicht zu bereuen und deren er sich nicht zu schämen brauche. Wir müssen der „Bohemia" natürlich die Vertretung dieser Mittheilung überlassen. Festzustehen scheint aber, daß „Mr. de Massabie et sa dame" am 28. September von Lübeck in Stettin und am 2. October in Danzig eingetroffen waren. Die Zwischenstationen dieser Reiseroute sind bis jetzt noch nicht aufgeklärt. Auch wir sind leider nicht in der Lage, dieses Dunkel aufzuhellen. Eins aber ist völlig sicher und höchst beachtenswerth: sollte Gambetta in Barzin gewesen sein, so würde die eminent friedliche Bedeutung dieser Begegnung in der wirklichen Anerkennung des durch das Jahr 1871 geschaffenen status quo zu finden sein.

Die Feinde **Gambetta's**, die wohlorganisirte Zunft der Communarden, die Rochefort und Genossen, sind bei der Arbeit. Die Erklärung der „République Française", daß kein Ministerium Straßenkundgebungen dulden und nöthigenfalls Waffengewalt brauchen würde, erregt bei diesen Leuten große Wuth und wird dahin ausgelegt, daß Gambetta sich von seinen alten Bundesgenossen, den Ultraradicalen, gänzlich abwenden wolle. Die ursprünglich für den vorigen Sonntag beabsichtigte Demonstration der Unversöhnlichen, mit einer rothen Fahne an der Spitze nach dem Elysée-palaste zu ziehen, um die Freilassung Berezowski's vom Präsidenten der Republik zu fordern, soll nunmehr am nächsten Sonntag stattfinden. Auf die rothe Fahne will man verzichten; dagegen sollen die Männer rothe Rosetten im Knopfloch, die Frauen rothe Bänder tragen. Es scheint, als beginne es in **Paris** wieder nach Petroleum zu riechen.

Während die Begegnung der **Kaiser Franz Josef und Alexander** auf unbestimmte Zeit verschoben zu sein scheint, verlautet aus **Wien** nunmehr gewiß, daß ein baldiger Besuch des **Königs von Italien** am österreichischen Hofe bevorstehe. Ueber Zeit und Ort der Begegnung verlautet noch nichts Bestimmtes, doch nimmt man ziemlich allgemein an, daß sie in Wien, und zwar kurz nach dem Zusammentritt der Delegationen, nämlich in den ersten Tagen des November, erfolgen werde. Auch wird eine Ausdehnung der Reise des Königs **Humbert** nach **Deutschland** zur Begrüßung des Kaisers Wilhelm nicht für unwahrscheinlich gehalten. Augenscheinlich bemüht sich **Italien**, aus seiner Isolirung herauszutreten; besonders weil man in Rom sich in Bezug auf die Haltung **Frankreichs** Besorgnissen hingiebt. Hat sich doch die „République" française, das bekannte Organ Gambetta's, sehr mißfällig über die beabsichtigte Zusammenkunft des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Italien geäußert und den Versuch gemacht, zwischen Oesterreich und Italien zu hetzen. Um die Begegnung zu ermöglichen, müsse jedenfalls ein Verzicht der italienischen Regierung auf die Pläne der Irredentisten vorhergehen.

Die **egyptische Krisis** hat — rascher als man erwarten konnte — ihr „Ende" gefunden. Ein Telegramm aus **Alexandrien** vom Donnerstag meldete: „Da die türkischen Commissäre heute Mittag abgereist sind, bereiten sich die Panzerschiffe „Invincible" und „Alma" ebenfalls auf die Rückfahrt vor, welche heute Abend oder morgen erfolgen soll." Da Frankreich in der egyptischen Frage nur eine secundaire Rolle spielt, so erhellt aus dieser Wendung, daß England sich herbeiläßt, einstweilen den Dingen ihren Lauf zu lassen. Aber es dürfte am Orte sein, bei dieser Gelegenheit zu bemerken, daß, wenn Gladstone in einer seiner neulichen Reden gesagt hat, die englische Regierung habe alle selbstsüchtigen Absichten fallen lassen, dies doch schwerlich genügen wird, um die nationale egyptische Partei zu versöhnen, welche darauf ausgeht, die Controle Englands und Frankreichs, welche von ihr als nichts Anderes, wie organisirte Räuberei und Unterdrückung bezeichnet wird, vollständig los zu werden. Unzweifelhaft hat eine große Bewegung die muselmännische Welt ergriffen. **Abdul Hamid**, sollte er je genöthigt werden, Konstantinopel zu verlassen, beabsichtigt, wie es heißt, nach Bagdad oder Brussa zu gehen, und sich dort zum Nachfolger Mahomed's, zum Kalifen des gesammten Islam proclamiren zu lassen. Es würde Dies den ersten Folgen für England sein, das dann nicht ferner im Falle der Noth einen Druck auf den Beherrscher der Gläubigen ausüben könnte, wie es dies jetzt thut.

Die Bürger der **Vereinigten Staaten von Nord-Amerika** haben zum Gedächtniß an den letzten entscheidenden Erfolg, den ihre Vorfahren im Unabhängigkeitskriege errangen, zur Erinnerung an die am 19. October 1781 erfolgte Capitulation der Engländer unter General Cornwallis in Yorktown eine großartige Feier veranstaltet, zu der sie als Ehrengäste der Union die Nachkommen des deutschen Generals v. Steuben und jener französischen Officiere, welche an dem Kampfe um Yorktown theilgenommen, eingeladen haben. Man hat, wie der Telegraph berichtet, diese Gäste mit ausgezeichneten Ehren empfangen; besonders werden die Nachkommen des Generals v. Steuben, welcher den Angriff auf Yorktown geleitet hat, von ihren deutschen Landsleuten gefeiert. In New-York wird ihnen zu Ehren von der „Deutschen Gesellschaft", deren erster Präsident General v. Steuben war, ein großartiges Festmahl veranstaltet. Die Feierlichkeiten in Yorktown nahmen am Montag ihren Anfang. Am Donnerstag erfolgte die Festrede des Präsidenten der Vereinigten Staaten, welche wir unsern Lesern bereits telegraphisch berichtet haben. Nach der Rede wurde von einem dreihundertstimmigen Chor die von Professor J. Rosenthal in New-York componirte Centennialhymne gesungen. Zum Schluß der Feier hielt Präsident Arthur, umgeben von den Ministern und den Ehrengästen, einen großen Empfang in der Lafayette Hall. Donnerstag und Freitag findet Militair- und Flottenparade vor dem Präsidenten statt.

SLUB
Wir führen Wissen.